



Schwerin, 8. Nov. 2012

Pressemitteilung

### **Kita-Ausbau statt Betreuungsgeld**

*Die vom Bundeskabinett gestern beschlossene Einführung des Betreuungsgeldes ist das falsche Signal*

Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) in Mecklenburg-Vorpommern lehnt die Einführung des Betreuungsgeldes für Eltern, die ihre Kinder nicht in eine Kita schicken, weiterhin entschieden ab. „Beim Ausbau der Kitas besonders für 0- bis 3-Jährige fehlt es immer noch an allen Ecken und Enden, während die Bundesregierung Milliardenbeträge dafür ausgeben will, dass Kinder nicht gemeinsam aufwachsen und lernen. Das ergibt überhaupt keinen Sinn“, erklärt Dr. Cathleen Kiefert-Demuth, Vorsitzende der ASF in MV.

Kinder, die keine frühkindliche Bildung genossen hätten, würden meistens eine schlechtere Ausgangslage beim Start in die schulische und berufliche Ausbildung haben, so Kiefert-Demuth weiter. Das belege auch eine aktuelle Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (OECD). Insbesondere Familien mit sozial schwachem Hintergrund würden das Betreuungsgeld annehmen und ihre Kinder nicht in vorschulische Einrichtungen schicken. „Das Betreuungsgeld wird so zur Integrationsbremse. Das können wir uns aber nicht leisten. Auch im Blick auf den Fachkräftemangel müssen wir alle Kinder mitnehmen und ihnen beste Bildungschancen von Anfang an bieten.“

Neben diesen Hindernissen für die Bildungs- und Sozialisationschancen junger Menschen birgt die Einführung des Betreuungsgeldes zudem die Gefahr, insbesondere Frauen von einer Berufstätigkeit abzuhalten, was sie später einer erhöhten Gefahr der Altersarmut aussetzet.

„Auch wenn die Wahlfreiheit von Frauen und Männern, wie sie ihr Leben leben wollen, gestärkt werden muss und die Familienarbeit zu Hause Anerkennung verdient, ist die Einführung des Betreuungsgeldes das falsche Signal. Das geplante Geld sollte lieber an die Kommunen und Landkreise fließen, damit der Ausbau der Kitas umgesetzt werden kann, und der Rechtsanspruch auf eine Unterbringungen für unter 3-Jährige nächstes Jahr problemlos umgesetzt werden kann.“